



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian Ritter, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Aufrufe zu Bürgerkrieg und Umsturz durch Abgeordnete: rechtsextremen Tendenzen entschieden entgegenwirken!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Am 08.12.1946 trat die Bayerische Verfassung in Kraft, die maßgeblich von Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner geprägt wurde.

Anlässlich des Verfassungsjubiläums bekräftigt der Landtag, jeglichen verfassungsfeindlichen Tendenzen mit Entschlossenheit entgegenzutreten.

Der Landtag verurteilt Aufrufe zu Umsturz und Bürgerkrieg auf das Schärfste. Es ist entsetzlich und beschämend, dass Mitglieder des Landtags an Chats teilnehmen, in denen offen gegen die staatliche Ordnung agitiert wird. Es ist völlig inakzeptabel, dass ein Mitglied des Landtags einen Bürgerkrieg propagiert. Dies ist mit der Vorbildfunktion eines Abgeordneten des bayerischen Volkes nicht in Einklang zu bringen.

Begründung:

Die Präambel der Bayerischen Verfassung lautet:

„Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts dauernd zu sichern, gibt sich das bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.“

SPD-Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner, der „Vater der Verfassung“, leitete den Vorbereitenden Verfassungsausschuss und brachte dort seinen Entwurf ein, der geprägt war von den entsetzlichen Erfahrungen des Nazi-Regimes.

Recherchen des BR haben nun ans Tageslicht gebracht, dass es mitten im Parlament, im Herzen der Demokratie, Abgeordnete gibt, die ein solches Trümmerfeld wieder herbeisehen:

Ende des vergangenen Jahres schreibt die Landtagsabgeordnete Dr. Anne Cyron in einem AfD-internen Chat: „Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden.“

Sie pflichtet damit einer Nachricht eines oberbayerischen Kreisvorsitzenden bei, der in der Gruppe schreibt: „Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr.“ Er beklagt die „regierenden Verbrecher“ und stellt fest: „Wahlen helfen ohnehin nicht mehr.“ Georg Hock, Mitglied des Landesvorstandes der AfD in Bayern,

reagiert darauf mit den Worten „absolute Zustimmung“. Der Kreisvorsitzende aus Oberbayern wird wenige Tage später nochmals deutlicher: „Wir brauchen die totale Revolution. Anzünden müsste man diese ganze Politik.“

Unsere Demokratie ist wehrhaft. Aufrufe zu Umsturz und Bürgerkrieg sind völlig inakzeptabel. Das Parlament tritt solchen Tendenzen mit aller Kraft entgegen und erwartet, dass die betroffenen Abgeordneten Konsequenzen ziehen. Die Abgeordnete Anne Cyron ist angesichts ihrer radikalen Äußerung aufgerufen, ihr Mandat niederzulegen.